

He 10. Nov. 61 18 ce

a.221.4. ✓ RE/dd
a.224.2. ✓

Bern, den 10. November 1961

Herrn Nationalrat M. Eggenberger

S t. G a l l e n

Sehr geehrter Herr Nationalrat,

Ich komme zurück auf Ihr Schreiben vom 4. Oktober 1961 betreffend die Vertretung der Sozialdemokratischen Partei im diplomatischen Korps im allgemeinen und Herrn Nationalrat Dr. Henri Monfrini im besonderen.

Ihre Anfrage gibt mir willkommene Gelegenheit, Sie mit den Regeln vertraut zu machen, die seit einigen Jahren im politischen Departement bei der Rekrutierung von Mitarbeitern beachtet werden. Die diplomatische Karriere ist grundsätzlich jedem offen, der dem schweizerischen Staatsgedanken positiv gegenüber steht. Darüber hinaus soll ein Kandidat einige allgemeine Bedingungen erfüllen: er darf nur Schweizerbürger sein, muss die bürgerliche Ehrenfähigkeit und einen unbescholtenen Leumund besitzen und schliesslich darf er das 30. Altersjahr nicht überschritten haben. Ferner muss er sich über ein abgeschlossenes Hochschulstudium, über Sprachkenntnisse und über 2 Jahre Praxis in der Verwaltung, einem Anwaltsbüro oder der Privatwirtschaft, ausweisen; als Praxiszeit wird demnächst auch die auf ein strenges Zulassungsexamen folgende 2 bis 3-jährige Ausbildung im Departement gelten. Während dieser arbeitet der Anwärter in verschiedenen Dienstzweigen der Verwaltung in Bern sowie an mindestens einem Posten im Ausland. Die Probezeit wird abgeschlossen durch das sogenannte Schlussexamen. Alles nähere über das hier Gesagte finden Sie im beigeschlossenen Reglement über die Zulassung und die Wahl für Aemter des Eidgenössischen Politischen Departements vom 9. Juni 1955. Der

./.

Dodis



Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass das Reglement auch die Vorschriften für die Aufnahme in den Kanzleidiensnt enthält, für den u.a. eine kaufmännische oder verwaltungstechnische Ausbildung verlangt wird.

Nach dem Schlussexamen und der Wahl zum Beamten beginnt die eigentliche Laufbahn des Mitarbeiters im Departement. Diese erlaubt es ihm, während Jahren an verschiedenen Orten und in immer wichtiger werdenden Funktionen, verbunden mit schrittweisem Aufsteigen im Grad, die Besonderheiten des Dienstes kennen zu lernen und Erfahrungen zu sammeln, bevor er gegebenenfalls mit einer leitenden Stellung betraut wird. Diese Anlaufzeit ist unerlässlich, weil es auch in der Diplomatie in der Regel nur der zu Erfolgen bringt, der sein Handwerk von Grund auf versteht.

Im Gesagten kommt zum Ausdruck, wie sehr die Tätigkeit im diplomatischen Dienst mit einer eigentlichen, über mehrere Stufen führenden Laufbahn verknüpft ist. Diese vermag eine gewisse Anziehungskraft nur zu bewahren, wenn für die tüchtigen Beamten der oberen Stufen die Chance gewahrt bleibt, den höchstmöglichen Grad zu erreichen. Jede Berufung von Aussenseitern führt zwangsläufig zu einer unerwünschten Benachteiligung der Anwärter in den eigenen Reihen. Dabei wirkt sich der Beizug von Spezialisten für besondere Funktionen, z.B. eines Wirtschafts- oder Sozialattachés oder eines wissenschaftlichen Beraters, in personalpolitischer Hinsicht weniger störend aus, als wenn Botschafter und Gesandte ausserhalb der Beamtenschaft gesucht werden. Ausserdem besitzt das Departement Kräfte genug, um mindestens während des kommenden Jahrzehnts den Bedarf an Missionschefs zu decken. Aus diesen Ueberlegungen hat das Departement - und mit ihm der Bundesrat - in der Aussenseiterfrage in der letzten Zeit in zunehmendem Masse Zurückhaltung geübt.

- 3 -

Nach reiflicher Ueberlegung bin ich zum Schluss gekommen, die bisherige Praxis des Departements sei gerechtfertigt. Ich möchte übrigens auch nicht davon abgehen, um jede Ungerechtigkeit gegenüber jenen Persönlichkeiten zu vermeiden, deren Bewerbungen um Botschafter- oder Gesandtenposten bisher abgelehnt wurden.

Natürlich dürfte es wie in der Vergangenheit auch künftig Fälle geben, in denen der Bundesrat unter aussergewöhnlichen Umständen besonders qualifizierte Schweizer für die Erfüllung der einen oder andern grossen Aufgabe im Ausland zu gewinnen sucht. Solche Ausnahmen müssen nach meiner Meinung ihre Rechtfertigung aber in den allgemein schweizerischen Interessen, die es zu wahren gilt, finden, und nicht Ausfluss parteipolitischer Ueberlegungen sein.

Die Parteizugehörigkeit spielt für die Laufbahn im Politischen Departement praktisch keine Rolle. Dementsprechend weiss es über die parteipolitische Einstellung seiner Mitarbeiter - auch der höchsten - in der Regel nicht Bescheid. Es erfährt oft nur durch Zufall, dass ein Beamter dieser oder jener Partei angehört oder nahesteht. Von den derzeitigen Botschaftern ist meines Wissens einer Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Aus früherer Zeit sind zwei sozialdemokratische Missionschefs bekannt. In den übrigen höheren Funktionen, z.B. der Botschaftsräte und der Botschaftssekretäre gibt es gleichfalls Sozialdemokraten. Wieviele, ist mir unbekannt, und ich würde es für verfehlt halten, diese Frage abzuklären, weil sonst jeder Mitarbeiter über seine Einstellung Auskunft geben müsste. Das würde im Beamtenkörper und sicher auch im Volk kaum verstanden.

Abschliessend möchte ich eine Bitte an Sie richten: Die Zahl der jungen Anwärter für die Laufbahn im politischen Departement ist nicht ausreichend. Es hat ein Interesse an einem möglichst grossen Kreis von Nachwuchs-

./.

- 4 -

kandidaten, um die besten unter ihnen auswählen zu können. Ich würde es daher begrüßen, wenn Sie und Ihre Parteifreunde jüngere und qualifizierte Akademiker aus Ihrem Bekanntenkreis zum Eintritt in den diplomatischen Dienst aufmuntern wollten. Ich darf beifügen, dass ich Ihre Unterstützung auch bei der Rekrutierung von Kanzleipersonal zu schätzen wüsste. Für weitere Hinweise zu diesem Thema stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich bin ich bereit, Herrn Nationalrat Monfrini im Laufe der Dezembersession zu empfangen. Nur muss ich im voraus sagen, dass ich ihm bedauerlicherweise einen andern Bescheid als den im vorliegenden Schreiben enthaltenen nicht erteilen könnte.

Ich versichere Sie, sehr geehrter Herr Nationalrat, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Beilage :
1 Reglement

Es

18 Nov. 61

Wahlen